



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 10. Sitzung des Ortsbeirates Prohlis (OBR Pro/010/2015)

am Montag, 5. Oktober 2015,

17:00 Uhr

**im Ortsamt Prohlis, Bürgersaal,
Prohliser Allee 10, 01239 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Jörg Lämmerhirt

Mitglied Liste CDU

Dr. Claus-Peter Geier

Mario Schmidt

Denny Schneider

Martin Stein

Heiko Thater

Mitglied Liste DIE LINKE

Eva Apfelbaum

Frank Christian Ludwig

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Julia Günther

Rüdiger Kubsch

Mitglied Liste SPD

Dorothee Marth

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Thomas Golbing

Mitglied Liste FDP

Gerhard Staudinger

Mitglied Liste Bündnis Freie Bürger

Peter Munkelt

Mitglied Liste NPD

René Despang

Stellvertretende Mitglieder

Gudrun Erfurt

Florian Heinrich

Marion Thater

Gabriele Thiele

Vertretung für Frau Annett Adam

Vertretung für Herrn Uwe Petersen

Vertretung für Herrn Ralf Leidel

Vertretung für Herrn Harald Gilke

Abwesend:**Mitglied Liste DIE LINKE**

Martin Hilbig

Verwaltung:

Frau Dr. Kaufmann

GB 5

Frau Dr. Cordts

GB 5

Herr Böbst

61.33

Weiterhin sind ca. 250 Bürgerinnen und Bürger anwesend (Saal, Foyer, vor dem Haus).

Schriftführer/-in:

Steffen Schüller

Sachbearbeiter Ortsbeirat

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Kontrolle der Niederschrift zur 09. Ortsbeiratssitzung am 07.09.2015
- 2** Informationen des Ortsamtsleiters (u. a. aktuelle Informationen zur Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten für bes. Bedarfsgruppen im Ortsamtsbereich)
- 3** Bebauungsplan Nr. 398.B, Dresden-Reick/Strehlen, Wissenschaftsstandort Dresden-Ost, Teilbereich 1.B **V0586/15**
beratend

hier:
1. Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan
2. Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes
- 4** Bebauungsplan Nr. 398.C, Dresden-Reick/Strehlen, Wissenschaftsstandort Dresden-Ost, Teilbereich 1.C **V0587/15**
beratend

hier:
1. Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan
2. Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes
- 5** Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 6020, Dresden-Reick, CSW Reicker Straße **V0634/15**
beratend

hier:
Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan
- 6** Richtlinie der Landeshauptstadt Dresden über die Gewährung von Zuwendungen für stadtteilbezogene Vorhaben (Fachförderrichtlinie der Ortsämter) **V0448/15**
beratend
- 7** Informationen, Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte

öffentlich

Einleitung:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Kontrolle der Niederschrift zur 09. Ortsbeiratssitzung am 07.09.2015

Ortsamtsleiter Herr Lämmerhirt eröffnet die Sitzung und begrüßt neben dem Ortsbeirat die sehr zahlreich erschienene Bürgerschaft sowie Vertreter der Presse und des Stadtrates.

Bei 18 anwesenden Ortsbeiräten bzw. Ortsbeirätinnen stellt er die Beschlussfähigkeit fest. Frau Adam, Herr Gilke, Herr Leidel und Herr Petersen fehlen entschuldigt, die Vertretung übernehmen die jeweiligen stellvertretenden Ortsbeiräte. Herr Hilbig fehlt unentschuldigt ohne Vertretung.

Auf Grund der aktuellen Entscheidung der Stadt, das Schulgebäude auf der Boxberger Straße ab 09. Oktober als Flüchtlingsunterkunft zu nutzen, beantragt Herr Lämmerhirt, den TOP „Informationen des Ortsamtsleiters“ vorzuziehen, um die anwesende Bürgerschaft über die Gründe zeitnah informieren zu können. Dem wird seitens des Ortsbeirates zugestimmt, die weitere Tagesordnung wird bestätigt.

Ebenfalls bestätigt wird die Niederschrift der letzten Sitzung.

Die Unterschriften unter die Niederschrift der heutigen Sitzung leisten Herr Munkelt und Herr Schmidt.

2 Informationen des Ortsamtsleiters (u. a. aktuelle Informationen zur Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten für bes. Bedarfsgruppen im Ortsamtsbereich)

Herr Lämmerhirt geht zu Beginn darauf ein, dass die heutige Informationsveranstaltung im Rahmen der Ortsbeiratssitzung besonders für die betroffene Elternschaft der 89. Grundschule gedacht sei. Er beantragt Rederecht für die Bürgerinnen und Bürger, angedacht sei eine Diskussion von ca. einer halben Stunde.

Herr Despang fordert bei diesem brisanten Thema mindestens eine Stunde Rederecht.

Herr Lämmerhirt zeigt Verständnis für die aufgeheizte Stimmung, rassistische o. ä. Äußerungen sollen jedoch unterbleiben, er werde von seinem Hausrecht Gebrauch machen. Dem Antrag auf Rederecht wird zugestimmt.

Herr Lämmerhirt begrüßt Frau Dr. Kaufmann, Bürgermeisterin für Soziales sowie Frau Dr. Cordts, Abteilungsleiterin Sozialamt, und bittet um nähere Erläuterungen zu der aktuellen Entscheidung.

Frau Dr. Kaufmann äußert zu Beginn ihre Hoffnung auf eine konstruktive Diskussion, sie freue sich über das große Interesse der Bürgerschaft. Seit einem Jahr sei die Stadt dabei, Flüchtlinge in Größenzahlen unterzubringen. Sie bittet zu beachten, dass die Stadt eine Pflicht zur Aufnahme von Flüchtlingen habe. Diese Pflicht müsse auch erfüllt werden, wenn die Planung von der Realität überholt werde. Konkret reichten die aktuell zur Verfügung stehenden Wohnungen und Wohnheimplätze nicht mehr aus. Die Zuweisungsprognosen durch das Land würden ständig nach oben korrigiert (derzeitige Prognose 5.300 Asylbewerber zum Jahresende), dies habe Auswirkungen. Derzeit lebten 2.258 Flüchtlinge in Dresden. Diese Flüchtlinge hätten ein Recht auf eine menschenwürdige Unterbringung. Mittlerweile gebe es eine Arbeitsgruppe, die alle kommunalen Einrichtungen prüfe, ob diese für eine Unterbringung geeignet seien.

Während der Ausführungen kommt es zu ständigen Einwüfen von Bürgern und verbalen Angriffen. Nach mehrfachen Ermahnungen muss eine Person des Saales verwiesen werden. Da der Sicherheitsdienst der Aufgabe nicht mehr gerecht werden kann, muss die Polizei die Veranstaltung zusätzlich absichern. Die Sitzung wird für fünf Minuten unterbrochen.

Nachfolgend erläutert Frau Dr. Kaufmann die sozialräumliche Verteilung für Dresden (Prohlis/Leuben 842 Asylsuchende) und benennt die bisher bzw. demnächst zur Verfügung stehenden Übergangwohnheime im Gebiet (Heidenauer Straße, Lockwitztalstraße). Die Auswahl der Boxberger Straße sei auf Grund der extrem fehlenden Kapazitäten kurzfristig erfolgt. Ab den Herbstferien würden dort (im Haus 1) ca. 150 Personen untergebracht. Das Gebäude befinde sich in Nachbarschaft des Auslagerungsstandortes der 89. Grundschule (Haus 2). Diese werde in den Winterferien wieder in das Stammgebäude auf der Sosaer Straße zurückziehen. Um bis dahin den Sicherheitsbedürfnis der Schule gerecht zu werden, werde ein Schutzzaun errichtet. Sowohl Schule als auch Hort würden weiterhin ihr Außengelände zur Verfügung haben, die Sporthalle stehe ebenfalls weiterhin für Schulsport und Vereinssport zur Verfügung. In sensiblen Bereichen werde für Sichtschutz gesorgt, beide Objekte würden so gut wie möglich voneinander getrennt. Sie verstehe die Ängste der Eltern, verweist aber nochmals auf das Recht auf Asyl und kündigt an, dass in den nächsten Wochen weitere Objekte für diese Aufgabe eröffnet werden müssten. Frau Dr. Kaufmann appelliert an einen konstruktiven Dialog aller, die bestehenden Probleme könne man nur gemeinsam anpacken.

Herr Lämmerhirt bittet die anwesenden Elternvertreter Frau Krüger und Herrn Westendorf von der 89. Grundschule um das Wort.

Frau Krüger kritisiert, dass die Eltern ohne vorherige Absprachen mit der Tatsache konfrontiert worden seien, dass die Nachbarschule belegt werden soll. Dies werde abgelehnt. Die Frage einer menschenwürdigen Unterbringung stelle sich so nicht, vielmehr seien die Eltern fassungslos, ein so sanierungsbedürftiges Gebäude für eine solche Nutzung vorzusehen. Folgende Punkte, die aus Sicht der Elternschaft gegen die Einrichtung des Schulgebäudes als Asylunterkunft sprächen, werden benannt:

- Sicherheit: sie könne für alle Beteiligten innerhalb und außerhalb der Gebäude nicht gewährleistet werden, die beiden Gebäudeteile könnten nicht getrennt voneinander betrachtet werden (z. B. Mauerdurchbrüche, gemeinsamer Schulhof u. a.).
- Brandschutz: es fehle teilweise der Rettungsweg sowie eine eigenständige Brandschutzanlage, Rauchmelder seien abgeklebt, Kabel provisorisch isoliert, Treppenhäuser vom Keller bis zum Dach offen, auch gebe es keine Sicherheitstüren, die zuständigen Behörden habe man über diesen Zustand informiert
- Hygiene: die Toiletten seien unzureichend
- Lehrbetrieb: eine konstruktive, angstfreie Lernatmosphäre sei nicht mehr gewährleistet

Herr Westendorf benennt als Hauptgrund für die Ablehnung der Elternschaft die Tatsache, dass 240 Kinder nicht ständig mit dem Leid anderer Menschen konfrontiert werden sollten. Auch sei es den Kindern psychisch nicht zuzumuten, in Zukunft mit Polizeischutz in die Schule zu kommen, wer übernimmt dafür die Verantwortung? Er bittet den Ortsbeirat, die Verwaltung zum Einlenken zu bewegen.

Herr Lämmerhirt verweist darauf, dass Entscheidungen zu diesem Thema nicht im Ortsbeirat geklärt oder entschieden werden können.

Frau Dr. Kaufmann äußert ihr Unverständnis, dass das Thema Asyl generell als Bedrohung wahrgenommen werde, hier würden Menschen unter Generalverdacht gestellt. Die Liste der Baumängel sei bekannt, dass man sich dennoch für das Objekt entschieden habe, zeige, wie groß der Handlungsdruck der Stadt sei. Es handle sich hier um eine Interimslösung, um die Unterbringung zu gewährleisten. Die Prüfung sei noch nicht abschließend erfolgt, Sicherheitsfragen müssten durch die zuständigen Fachämter und Behörden geklärt werden. Auf keinen Fall würden die Kinder die gleichen sanitären Anlagen nutzen, wie die Flüchtlinge. Sie bittet erneut um ein gewisses Grundverständnis der Anwohner.

Es folgen erneut sehr lautstarke Proteste.

Anschließend können Fragen aus dem Publikum gestellt werden:

Kinder sind unser höchstes Gut, wie können sie der Schule anvertraut werden, wenn die Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist (Stichwort Ausschreitungen in Asylunterkünften)?

Frau Dr. Kaufmann: Die Sicherheit solle bestmöglich gewährleistet werden, notfalls mit allen Mitteln staatlicher Gewalt. Der Brandschutz müsse ebenfalls gesichert sein. Wegesicherheit werde die Polizei gewährleisten.

Frau Dr. Cordts: Es gäbe Einrichtungen, die nicht auffällig seien. Zerstörungswut und Schlägereien seien in der Minderheit.

In Berlin gäbe es bereits Klassen mit mehr Migranten als Deutschen, vor dieser Entwicklung habe man Angst.

Frau Dr. Cordts: Diese Verhältnisse könne man nicht auf Dresden runterbrechen, hier gebe es eine andere soziale Situation.

Eine ältere Bürgerin berichtet, dass sie von Beginn an in Prohlis wohne. Sie sei froh gewesen, dass es in Prohlis relativ ruhig zuginge. Mittlerweile gäbe es viele Ausländer, die sich nicht zu benehmen wüssten.

Wer habe die Eltern der 89. Grundschule nach ihrer Meinung gefragt?

Frau Dr. Kaufmann: Es gebe nie einen optimalen Standort. Die Verwaltung müsse Sorge tragen, dass vorhandene Ressourcen geprüft und genutzt würden. Sie hoffe, dass der Standort sich positiv entwickle (gemeinsam mit der Bürgerschaft).

Frau Krüger: Der Standort befinde sich in der Prüfphase, wie könne es da bereits so detaillierte Planungen zur Belegung geben?

Frage bleibt offen

Deutsche Kinder müssten zum Teil lange auf Kitaplätze warten, beim Arzt gebe es keinen Impfstoff mehr.

Frau Dr. Cordts: Sie bittet um konkrete Informationen, sie werde dem nachgehen, bisher sei Impfstoff (noch) ausreichend vorhanden.

Es sei einmalig in Deutschland, dass in einer Schule mit laufendem Betrieb ein Asylbewerberheim eingerichtet werde. Die Stadt habe die Verantwortung für die Kinder in der Schule (Bildungsauftrag), dem können sie so nicht mehr nachkommen.

Frau Dr. Kaufmann: Dies stimme so nicht, es gebe bereits ähnliche Beispiele (z. B. in Großröhrsdorf).

Erwiderung: Bei Gymnasial- oder Oberschülern sei die Situation sicher noch einmal anders, hier ginge es um Grundschüler. Dies gäbe es in Deutschland so bisher nicht.

Warum werden straffällige Ausländer nicht zur Verantwortung gezogen?

Frau Dr. Kaufmann: Vergehen würden genauso geahndet wie bei Deutschen.

Frau Klemm, Schulleiterin 89. Grundschule: Sie verstehe nicht, dass die Verwaltung sage, dass sie den Schutz der Kinder garantiere, dies aber letztlich an die Lehrer und Mitarbeiter der Schule delegiere. Sollte etwas passieren, werde niemand aus der Verwaltung dafür die Verantwortung übernehmen.

Die Flüchtlingszahlen stiegen ständig, wenn es einmal zu einer Belegung der Schule kommt, werde der Standort auf Dauer erhalten.

Herr Genschmar, Stadtrat FDP: Sicher müssen wir nicht vor allen Asylanten Angst haben, dennoch gäbe es ein anderes Kulturverständnis. Derzeit werde eine rote Linie überschritten, so müssten Frauen in Heimen mittlerweile geschützt werden. Er würde sein Kind nie in eine Schule neben einem Asylheim bringen.

Herr Schneider, Ortsbeirat: Bei der heutigen Veranstaltung von einer zeitnahen Information zu sprechen, sei ein Hohn. Die Punkte der Elternvertreter zum Gebäudezustand könne er so bestätigen, er habe sie im Übrigen bereits in der letzten Ortsbeiratssitzung benannt. Wie soll die marode Gebäudetechnik so schnell erneuert werden, dass der Brandschutz gewährleistet sei? Weiter führt Herr Schneider aus, dass es bereits am 11.09. seitens der CDU eine Anfrage an die Verwaltung gegeben habe, warum die durch den Oberbürgermeister Hilbert angekündigten Interimslösungen nicht weiter verfolgt würden. Er fordere, bis zum Auszug der 89. Grundschule eine dieser angekündigten Interimslösungen für die Unterbringung zu nutzen.

Frau Dr. Kaufmann: Sie kenne die Anfrage nicht, werde sich aber umgehend für deren Beantwortung einsetzen.

Herr Lämmerhirt verweist nochmals darauf, dass eine abschließende Prüfung der Einrichtung noch nicht erfolgt sei.

Eine plötzlich aufkommende Information, dass die Schule brenne und Einsatzkräfte der Feuerwehr bereits vor Ort seien wird umgehend durch einen Polizisten dementiert. Dennoch kommt es erneut zu tumultartigen Szenen.

Herr Despang verlangt, dass sich Frau Dr. Kaufmann dafür stark mache, dass am Freitag keine Asylanten auf der Boxberger Straße einziehen. Als Alternativstandort schlägt er den leer stehenden Baumarkt im Kaufpark Nickern vor.

Herr Dr. Geier stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abschluss der Diskussion. Argumente würden sich mittlerweile wiederholen, es gehe nicht mehr um die eigentliche Sache.

Abstimmung Geschäftsordnungsantrag: Zustimmung
ja 7 nein 5 Enthaltung 4 (zwei Ortsbeiräte sind
während der Abstimmung nicht anwesend)

Frau Günther kritisiert den Geschäftsordnungsantrag, die Auseinandersetzung mit diesem Thema sei wichtig. Sie bittet darum, dass der Ortsbeirat nochmals über das Thema unter TOP 7 spricht. Dem wird zugestimmt.

Herr Lämmerhirt dankt Frau Dr. Kaufmann und Frau Dr. Cordts für die Ausführungen, er hoffe auf eine gute Lösung für alle und beendet die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt.

3 Bebauungsplan Nr. 398.B, Dresden-Reick/Strehlen, Wissenschaftsstandort Dresden-Ost, Teilbereich 1.B

**V0586/15
beratend**

hier:

1. Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan

2. Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes

Herr Lämmerhirt begrüßt Herrn Böbst vom Stadtplanungsamt sowie Herrn Körner vom Amt für Wirtschaftsförderung. Herr Böbst werde die B-Pläne Nr. 398.B und Nr. 398.C auf Grund inhaltlicher Parallelitäten gemeinsam vorstellen. Die Abstimmung über die beiden Vorlagen erfolge jedoch getrennt.

Herr Böbst geht zu Beginn auf den Rahmenplan zum Wissenschaftsstandort ein, der den Planungen zu Grunde liege und die jeweiligen Geltungsbereiche festschreibe. Der Entwurf zum Flächennutzungsplan trage den Entwicklungsabsichten Rechnung. Gemeinsam mit dem bereits vorgestellten B-Plan 398.A sei die Planung für den gesamten Bereich des Wissenschaftsstandortes somit abgedeckt. Mittels einer Visualisierung werden von den Planungen betroffene Kleingartenanlagen sowie Anlagen zum Hochwasserschutz dargestellt. Die Zukunft der vorhandenen Bestandsnutzung an der Reicker Straße (Wohn- und Geschäftshaus) müsse in der Planungsphase geklärt werden.

Herr Lämmerhirt bittet um Rückfragen der Ortsbeiräte:

Herr Schneider: Warum werde beim Teilbereich C keine Prüfung nach § 35 BauGB durchgeführt?

Herr Böbst: Der Baurechtszustand definiere dieses Gebiet nicht als Außenbereich bzw. gebe es keine unterschiedlich geprägten Bereiche in diesem B-Plan-Gebiet.

Herr Schneider: Er verstehe nicht, dass man beim Flächennutzungsplan ein Parallelverfahren betreibe, mit dem Ziel, die Erfordernisse der verbindlichen Bauleitplanung zu ändern, wenn doch der Entwurf zum FNP der künftigen Nutzung bereits Rechnung trage. Wie ist der Stand des Entwurfs?

Herr Böbst: Der aktuelle Verfahrensstand des Entwurfs zum Flächennutzungsplan sei ihm derzeit nicht bekannt, dieser werde nachgereicht.

Frau Marth: Sie begrüßt, dass für die Interessen der Kleingärtner gemeinsam mit dem Stadtverband Kleingarten eine separate Arbeitsgruppe gegründet worden sei. Wie ist der aktuelle Stand der Beratungen? Sie bittet künftig um regelmäßige Informationen über Ergebnisse der Arbeitsgruppe im Ortsbeirat.

Herr Böbst: Bezüglich der betroffenen Sparten habe es mit dem Stadtverband noch keine Gespräche gegeben. Dies läge daran, dass man derzeit noch nicht sagen könne, welche Gärten konkret betroffen sind, erst nachfolgende Planungen würden dies detailliert aufzeigen. Formal seien 163 Parzellen betroffen, ohne sagen zu können, welche davon verlagert werden müssen. Man werde jedoch in jedem Fall bemüht sein, allen Interessen gerecht zu werden, auch wenn man das viele Herzblut, dass Kleingärtner in ihre Parzelle steckten, sicher nicht ersetzen könne. Sobald es konkrete und belastbare Aussagen gibt, werde er den Ortsbeirat darüber informieren. Im Übrigen sehe der B-Plan 399 die Schaffung von ca. 100 neuen Parzellen vor, was eine ortsnahe Umsiedlung ermögliche.

Frau Günther: Werden die Flächen wirklich in ihrer Gesamtheit für wissenschaftliche Einrichtungen benötigt?

Herr Körner: Ziel sei es, Angebote mit kurzen Wegen zu schaffen, um möglichen Ausgründungen von Instituten eine ortsnahe Ansiedlung zu ermöglichen. Es handle sich somit um einen Angebots-B-Plan. Der Bedarf sei auf alle Fälle vorhanden. Da es ca. drei Jahre bis zum Satzungsbeschluss dauere, brauche man den heutigen Vorlauf, um Ansiedlungen langfristig planen und realisieren zu können. Der bereits aufgestellte B-Plan 398.A werde als Erster die Möglichkeit für Ansiedlungen schaffen und weitere Entwicklungen begünstigen.

Herr Böbst nennt als Beispiel für eine solche Entwicklung des Gewerbegebiet Reick. Dort seien heute alle Flächen in der Vermarktung, was lange Zeit niemand für möglich hielt.

Herr Lämmerhirt: Wie ist der Stand beim Durchstich durch den Bahndamm, wo wird dieser genau liegen?

Herr Böbst: Es gebe dafür eine bevorzugte Trasse (Verlängerung Liebstädter Straße). Dieses Projekt sei sehr komplex (Verbindung zwischen den Wissenschaftsstandorten, Entlastung des Verkehrs). Man sei sehr intensiv im Gespräch mit der Deutschen Bahn sowie der DVB AG, eine Grundsatzentscheidung liege bereits vor. Planungsrechtlich werde dieses Vorhaben ein zusätzliches gesondertes Planverfahren erforderlich machen.

Herr Kubsch: Ist auch Wohnnutzung in den B-Plan-Bereichen vorgesehen?

Herr Böbst: Denkbar sei dies, allerdings liege die Entwicklung auf dem Schwerpunkt Wissenschaft. Ein klassisches Wohngebiet innerhalb dieses Bereiches werde es mit Sicherheit nicht geben.

Herr Kubsch kündigt diesbezüglich einen Ergänzungsantrag an, der die Integration von Wohnnutzung in beiden B-Plänen befürworte.

Herr Staudinger ist gegen eine solche Ergänzung, er erinnert an den bis heute nicht umgesetzten Wohnstandort gegenüber. Die Flächen sollten größtmöglich für Forschung zur Verfügung stehen. Es solle keine Verwässerung der Planungen geben.

Herr Körner räumt ein, dass das Thema Wohnen sehr wichtig sei. Auch habe niemand etwas gegen eine Unternehmerwohnung oder Wohnungen für Institutsangehörige. Sobald es aber um ein Wohnhaus ginge, träten Probleme an der Schnittstelle zwischen Wohnen und Gewerbe auf (z. B. Lärmimmission).

Herr Kubsch: Für die Wohnbebauung spräche der hohe Bedarf im Stadtgebiet, außerdem handle es sich nicht um einen Produktionsstandort.

Er stellt für den B-Plan Nr. 398.B folgenden Ergänzungsantrag:

Der Ortsbeirat befürwortet die Integration von Wohnnutzung im B-Plan Nr. 398.B.

Abstimmungsergebnis Ergänzung: Ablehnung
Ja 6 Nein 8 Enthaltung 4

...

Der Ortsbeirat Prohlis stimmt für den Aufstellungsbeschluss zum B-Plan 398.B.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 4

4 Bebauungsplan Nr. 398.C, Dresden-Reick/Strehlen, Wissenschaftsstandort Dresden-Ost, Teilbereich 1.C

**V0587/15
beratend**

hier:

1. Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan

2. Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes

Herr Kubsch stellt für den B-Plan Nr. 398.C folgenden Ergänzungsantrag:

Der Ortsbeirat befürwortet die Integration von Wohnnutzung im B-Plan Nr. 398.C.

Abstimmungsergebnis Ergänzung: Ablehnung
Ja 6 Nein 7 Enthaltung 5

...

Der Ortsbeirat Prohlis stimmt für den Aufstellungsbeschluss zum B-Plan 398.C.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 4

**5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 6020, Dresden-Reick,
CSW Reicker Straße**

**V0634/15
beratend**

hier:

**Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum vorhabenbezogenen
Bebauungsplan**

Herr Böbst bedauert es, dass die Stadtplanung mit der Aufhebung des B-Plans ein Vorhaben nicht zu Ende bringen könne. Anhand eines Luftbildes zeigt er die nahe gelegene gewerbliche Nutzung. Es betont, dass das Vorhaben des Christlichen Sozialen Werkes (CSW) mit den Festsetzungen des Flächennutzungsplanes konform gewesen sei. Es habe einen Vorentwurf für die künftige Nutzung gegeben, allerdings seien bei der frühzeitigen Beteiligung Bedenken eines benachbarten Gewerbebetriebes (Hermes Schleifkörper GmbH) aufgekommen, die man sicher hätte lösen können. Es habe diesbezüglich viele Gespräche zwischen der Umweltbehörde und dem Nachbarn gegeben, ohne dass es allerdings zu einer Einigung gekommen sei. Auf Grund der fehlenden Akzeptanz und der Androhung der Ausschöpfung aller gesetzlichen Möglichkeiten habe sich der Vorhabenträger, welcher mit Fördermitteln baue, schweren Herzens vom Vorhaben verabschiedet. Damit sei das Verfahren hinfällig, er bittet, der Aufhebung zuzustimmen, damit für die Fläche alternative Nutzungen vorgebracht werden können.

Herr Staudinger: Ist bekannt, ob der Vorhabenträger seine Pläne an anderer Stelle umsetzen will?

Herr Böbst: Seines Wissens solle es eine Erweiterung an der Mügelner Straße geben.

Herr Lämmerhirt ergänzt, dass geplant sei, dort 20 weitere Werkstattplätze zu schaffen.

Herr Lämmerhirt: Ist das Grundstück nach § 34 BauGB oder § 35 BauGB entwickelbar?

Herr Böbst: Der Grundkonflikt bestehe zwischen einer möglichen Entwicklung und dem bestehenden Gewerbe. Prüfungen hätten ergeben, dass es auch Möglichkeiten einer Entwicklung nach § 34 BauGB gebe.

Frau Günther: Für sie sei das benannte Störpotential nicht ersichtlich.

Herr Böbst: Es müssten künftig Lärmwerte eingehalten werden, die eine Wohnnutzung nahe kämen. Das benachbarte Gewerbe arbeite mit alten Lüftern, die besonders in den Nachtstunden gut vernehmbar wären. Diesbezügliche Versuche einer Einigung konnten wie gesagt nicht beigelegt werden.

Frau Günther: Früher habe es auf der Fläche ein kleines Wäldchen gegeben, dieses sei durch den Eigentümer in einer Nacht- und Nebelaktion beseitigt worden. Handelt es sich noch um denselben Eigentümer?

Herr Böbst: Es handle sich noch um denselben Eigentümer, allerdings habe für das Grundstück kein gesonderter Gehölzschutz bestanden. Ob es dennoch Sanktionen gab, werde er recherchieren.

19.45 Uhr Frau Marth verlässt die Sitzung.

Herr Schneider: Auf eine Umweltprüfung habe man verzichtet, werde auch bei künftigen Planungen so verfahren?

Herr Böbst: Auch in einem neuen Planverfahren würde von planungserleichternden Maßnahmen, wie dem Verzicht auf eine Umweltprüfung, Gebrauch gemacht.

Herr Ludwig: Gibt es Möglichkeiten für die Stadt, zu kommunizieren, dass hier eine zu entwickelnde Fläche zur Verfügung steht?

Herr Böbst: Der Eigentümer sei bereits sehr bemüht, das Grundstück neu zu vermarkten.

...

Der Ortsbeirat Prohlis stimmt der Aufhebung des B-Plans Nr. 6020 einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ja 17 Nein 0 Enthaltung 0

6	Richtlinie der Landeshauptstadt Dresden über die Gewährung von Zuwendungen für stadtteilbezogene Vorhaben (Fachförderrichtlinie der Ortsämter)	V0448/15 beratend
----------	---	------------------------------

Da es um eine Aufgabe der Ortsamtsleiter gehe, stellt Herr Lämmerhirt die Vorlage selber vor. Die Vorlage solle eine Vereinheitlichung der Förderinstrumentarien für alle Ortsämter gewährleisten. Es bestehe mit ihr kein Anspruch auf Förderung, gefördert würden nur stadtteilbezogene Projekte (keine institutionelle Förderung). Es gelte der Grundsatz der Teilfinanzierung (Vollfi-

nanzierung nur im Ausnahmefall). Auf ein möglichst einfaches Verfahren zu Beantragung und Nachweis der Mittelverwendung werde Wert gelegt. Finanzielle Auswirkungen habe die Richtlinie nicht, sie bringe aber ein einheitliches Verfahren für alle Ortsämter einschl. Abrechnung. Die Bestätigung der Richtlinie erfolge durch den Stadtrat. Der Ortsbeirat werde an Entscheidungen zu möglichen Förderungen nicht beteiligt, da es sich um Mittel handle, die in der Verwaltung der Ortsämter liegen. Die Richtlinie habe nichts mit der Einführung der Ortschaftsverfassung zu tun.

Herr Lämmerhirt nennt Förderbeispiele aus diesem Jahr (bis zur Haushaltssperre):

IG Wasaplatz, Herbstfest

Luga e. V., Sommerfest

Grabtafel in Lockwitz

Prohliser Frühjahrsputz

Lehrstellenbörse

Empfang des Ortsamtsleiters zum Prohliser Herbstfest

Herr Ludwig: Bis zu welcher Höhe wurden bisher Zuwendungen gewährt?

Herr Lämmerhirt: 300 Euro.

Herr Heinrich: Es gäbe auch Veranstaltungen, die ortsamtsübergreifend erfolgen, bei welchem Ortsamt müsste dann der Antrag gestellt werden?

Herr Lämmerhirt: Grundsätzlich könnten nur stadtteilbezogene Aktivitäten unterstützt werden, im Grenzfall gäbe es ein gutes Miteinander der OrtsamtsleiterInnen untereinander, um eine Lösung für die Zuständigkeit zu finden.

Herr Kubsch: Gibt es einen festen Fördersatz?

Herr Lämmerhirt: Dies würden die zur Verfügung stehenden Summen nicht hergeben.

Herr Kubsch: Organisationen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung verstoßen, seien von der Förderung ausgeschlossen, werde damit die abgeschaffte Extremismusklausel wiederbelebt?

Herr Lämmerhirt dankt für den Hinweis, er werde dies durch den zuständigen Ausschuss prüfen lassen.

Herr Munkelt: Er empfindet das Verfahren sehr bürokratisch und nicht den auszahlenden Beträgen angemessen. Wie hoch ist die gesamt Fördersumme?

Herr Lämmerhirt: Der gesamte Haushaltsansatz für alle Ortsämter betrage 2015 (nur) 22.250 Euro.

...

Ein Ortsbeiratsmitglied ist während der Abstimmung nicht anwesend.

Der Ortsbeirat Prohlis stimmt der Fachförderrichtlinie für Ortsämter einstimmig zu.

20.07 Uhr Herr Kubsch verlässt die Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

7 Informationen, Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte

Herr Despang: Bei der Bürgerinformation zum Asylbewerberheim Heidenauer Straße am 28.09. war von einer schlechten Gehwegbeleuchtung auf Lugaer und Kleinlugaer Straße bzw. Heidenauer Straße die Rede, ist dem so?

Herr Lämmerhirt: Die Beleuchtung in diesen Bereichen sei zum Teil mangelhaft, er hoffe, dass mit dem Fußwegausbau eine Verbesserung komme und werde den Stand des Prioritätenprogramms erfragen.

Herr Despang: Was ist dran am Gerücht, dass der leer stehende Teppichmarkt in Prohlis ein Asylbewerberheim wird?

Herr Lämmerhirt: Der Betreiber des Teppichmarktes sei aus freien Stücken ausgezogen (keine Kündigung), zum Stand heute sei das Objekt nicht Bestandteil der Planungen.

Herr Golbing: In der letzten Sitzung ging es um das künftige Gymnasium Prohlis, was wird nun nach der Inanspruchnahme des dafür vorgesehenen Gebäudes als Asylbewerberheim?

Herr Lämmerhirt: Die Zustimmung des Stadtrates zur Gründung des Gymnasiums habe ihn gefreut, er schlägt vor, vorerst den angekündigten Quartalsbericht zur Umsetzung des Beschlusses abzuwarten. Nach wie vor gelte der bestehende Schulnetzplan, am Rückzug der 89. Grundschule werde sich ebenfalls nichts ändern. Somit stehe der Eröffnung eines Gymnasiums theoretisch nichts im Wege.

Herr Staudinger: Ein Bürger habe sich bei ihm beschwert, dass im Bereich des Pusteblooms chaotischen Zustände herrschten (Pöbeleien, Beschädigungen).

Herr Lämmerhirt: Die Situation sei bekannt, es habe in der Vergangenheit viele präventive Versuche einer Besserung gegeben. Schwierig sei, dass Delikte selten auf frischer Tat festgestellt würden und keine permanente Überwachung möglich sei. Sachbeschädigungen, wie in den letzten Jahren, seien allerdings rückläufig.

Herr Dr. Geier: Er erinnert an seine Anliegen aus den vergangenen Sitzungen (Sicherung Hochweg Lockwitzgrund und Bewuchs Radweg Dohnaer Straße).

Herr Lämmerhirt: Das Ortsamt sei weiterhin an diesen Themen dran, es erfolge die Zuarbeit der zuständigen Fachämter. Er werde nochmals nachfragen.

Frau Günther: Sie möchte, wie bereits erwähnt, noch einmal über das Thema Asylunterkunft Boxberger Straße sprechen. Es dürfe nicht sein, dass der Ortsbeirat solche Informationen aus der Presse erfährt, auch müsse es in Zukunft im Vorfeld von Veranstaltungen Absprachen des Ortsbeirates zu solchen Themen geben. Die heutige Veranstaltung sei nicht zielführend gewesen. Erreicht werden müsse, dass die 89. Grundschule mit ihren 240 Kindern nach den Herbstferien in eine andere Einrichtung ausgelagert werde. Dies sollte der Ortsbeirat als Prüfantrag formulieren.

Herr Despang: Er lehnt den letztgenannten Vorschlag ab. Das Problem dürfe nicht auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden. Vielmehr müsse verhindert werden, dass der Standort Flüchtlingsheims wird. Er bringt seinen Vorschlag des leer stehenden Baumarktes im Kaufpark Nickern in Erinnerung.

Herr Stein. Wenn das Asylheim komme, könne man das Gymnasium gleich abschreiben. Auch der Landeselternrat habe sich bereits massiv gegen die nunmehr geplante Nutzung positioniert.

Herr Schneider: Der Vorschlag von Frau Günther sei aller Ehren wert, allerdings bezweifle er, dass man so kurzfristig eine Schule umlagern könne. Das gemeinsame Ziel sollte sein, die Einrichtung solange zu verhindern, bis die Schule sowieso auszieht.

Herr Thater: Der Ortsbeirat sollte sich stark machen, dass hier nicht eine Grenze überschritten wird. Das Gebäude sei bautechnisch nicht geeignet und verhindere die Gründung des Gymnasiums.

Herr Dr. Geier: Heute sei festgestellt worden, dass die Stadt an ihre Kapazitätsgrenzen gekommen sei. In Zukunft müsse längerfristig nach Lösungen für die Unterbringung gesucht werden, es gäbe noch weitere mögliche Gebäude für eine langfristige Nutzung. Die Finanzen sollten dabei kein Gegenargument sein. Der Ortsbeirat sollte alle Bemühungen dahingehend unterstützen und noch mehr eingebunden werden.

Die Veranstaltung heute habe deutlich gemacht, dass es vielen Bürgern an politischer Bildung fehle (falsches Demokratieverständnis). Er appelliert an die Anwesenden, besonders bei Jugendlichen sich diesbezüglich mehr zu engagieren.

Frau Günther: Die Lage sei ernst, Vorschläge aus der Runde seien kurzfristig nicht realisierbar.

Herr Lämmerhirt: Er selbst habe von der Nutzung des Schulgebäudes erst am Freitagnachmittag erfahren. Die Vorlage aus dem letzten Jahr ging noch von 1.700 Flüchtlingen für dieses Jahr aus, jetzt gäbe es bereits 2.200 Unterzubringende. Das Limit sei tatsächlich erreicht. Derzeit würden nur schnell verfügbare Einrichtungen helfen, wobei die Unterbringung in einer Schule nicht zielführend und auf Dauer gewollt sei. Er bittet die Ortsbeiräte, die Augen für geeignete Objekte offen zu halten.

Herr Schneider: Sind auch Parkhäuser geeignet? Kann die Stadt auch außerhalb der Stadtgrenzen geeignete Grundstücke erwerben?

Herr Lämmerhirt: Die Stadt prüfe alle Möglichkeiten, das Problem sei der große Ansturm innerhalb kürzester Zeit. Es müssen schnell nutzbare Objekte sein.

Herr Thater: Wie will die Stadt ihrer Fürsorgepflicht nachkommen, er denke da nicht nur an Asylananten, sondern auch an viele Trittbrettfahrer, die eine Gefahr darstellten.

Herr Despang: Die Elternsprecher hätten deutlich gemacht, dass das Objekt bis Freitag nicht nutzbar gemacht werden könne. Kann der Ortsbeirat sich nicht auch gegen die Nutzung aussprechen?

Herr Lämmerhirt: Die Veranstaltung heute diene der Information, der Ortsbeirat habe kein Selbstbefassungsrecht, erst bei einer Dauernutzung werde es zu einer Beteiligung kommen.

Herr Heinrich: Wie lang ist die maximale Dauer einer Interimslösung?

Herr Lämmerhirt: Die Zeitspanne werde nachgereicht.

Herr Heinrich: Er informiert über die Gründungsveranstaltung des Kreisjugendwerkes der AWO Dresden, welche am 08. Oktober auf der Palitzschstraße stattfinden wird.

Frau Apfelbaum: Sie sitze oft am Pustebäumenbrunnen, angepöbelt habe man sie noch nie.

Herr Lämmerhirt informiert abschließend und ganz aktuell darüber, dass dem Erbpachtvertrag für die Schule auf der Urnenstraße in Lockwitz durch den Finanzausschuss zugestimmt worden sei. Träger werde die SRH Dresden (Montessori-Schule), geplant sei die Eröffnung einer Oberschule am Standort ab 2017. Die Schule selbst sei bereits gegründet und derzeit auf der Pirnaer Landstraße zu Hause. Zeitnah werde es für die Lockwitzer eine Informationsveranstaltung geben. Die gute Nachricht am heutigen Tage sei, dass Lockwitz wieder eine Schule erhalte. Der Träger habe bereits versichert, dass ihm an einer Integration der Schule in den Stadtteil sehr gelegen sei.

Die Sitzung endet 20:45 Uhr.

Jörg Lämmerhirt
Vorsitzender

Steffen Schüller
Schriftführer

Peter Munkelt
OBR-Mitglied

Mario Schmidt
OBR-Mitglied